

**Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses
am Freitag, dem 07.06.2024, im Großen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 10:57 Uhr**

	Seite
<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	4
2. Information zum vorläufigen Jahresabschluss 104/2024 2023	5
3. Bericht zur Haushaltssituation 2024 097/2024	7
4. Bericht der Verwaltung zu aktuellen Themen der 111/2024 Finanzwirtschaft	9
5. Bericht über die wesentlichen Änderungen des 108/2024 Haushaltsrechts durch das sogenannte 3. NKF- Weiterentwicklungsgesetz	10
6. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und 064/2024 Auszahlungen 2023	11

II. Nichtöffentlicher Teil

Anwesend:

Ausschussmitglieder	
Brockmann, Dagmar	
Budde, Heinrich	
Gutsche, Guido	
Hugenroth, Bernhard	
Kleene-Erke, Andrea	
Kocker, Dennis	
Kreft, Peter	
Kuttig, Joachim	
Menke, Hans-Ulrich	
Möllmann, Rolf	
Ostermann, Norbert	
Schulze Westhoff, Stephan	
Termühlen, Hildegard	
Thiel, Joachim	
Welscheit, Martin	
stellv. Ausschussmitglieder	
Blömker, Franz-Ludwig	Vertretung für Herrn Koch
Dufhues, Hannelore	Vertretung für Herrn Kaup
Tentrup-Beckstedde, Christoph	Vertretung für Herrn Kleibolde
Vöcking, Knud	Vertretung für Herrn Schulte
von der Verwaltung	
Blanke, Laura	
Funke, Stefan, Dr.	
Glinka, Nicole	
Herz, Andrea	
Kleier, Ulrike	
Meyer, Eva	
Schleicher, Philipp	

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder	
Kaup, Winfried	Vertretung durch Frau Dufhues
Kleibolde, Bernhard	Vertretung durch Tentrup-Beckstedde
Koch, Karsten	Vertretung durch Herrn Blömker
Schulte, Stephan	Vertretung durch Herrn Vöcking

Anlagen:

- Anlage 1 Präsentation zu TOP 2 „Information zum vorläufigen Jahresabschluss 2023“
- Anlage 2 Präsentation zu TOP 3 „Bericht zur Haushaltssituation 2024“
- Anlage 3 Präsentation zu TOP 4 „Bericht der Verwaltung zu aktuellen Themen der Finanzwirtschaft“
- Anlage 4 Präsentation zu TOP 5 „Bericht über die wesentlichen Änderungen des Haushaltsrechts durch das sogenannte 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetz“
- Anlage 5 Korrektur der Präsentation zu TOP 3 „Prognose der Steuerkraftmesszahl für das GFG 2025“

Frau Kleene-Erke eröffnet um 09:00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Finanzausschuss mit Einladung vom 27.05.2024 form- und fristgerecht einberufen worden ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
--

Auf Nachfrage von Frau Kleene-Erke meldet sich kein Einwohner zu Wort.

2. Information zum vorläufigen Jahresabschluss 2023**104/2024**

Herr Dr. Funke berichtet anhand einer PowerPoint-Präsentation, die den Ausschussmitgliedern als digitale Tischvorlage vorliegt und als **Anlage Nr. 1** der Niederschrift beigelegt ist, über den vorläufigen Jahresabschluss 2023.

Dabei macht er deutlich, dass im Vergleich zu dem letzten Finanzstatusbericht aus Oktober 2023 weitere Verbesserungen von rd. 2,78 Mio. € aufgetreten sind, die im Wesentlichen auf unerwartet geringere Pensions- und Beihilferückstellungen für Pensionäre zurückzuführen sind, die im aktuellen finanzmathematischen Gutachten der Fa. Heubeck errechnet wurden. Der Etat schließt mit einer Verbesserung von rd. 19,1 Mio. € und einem Jahresüberschuss von rd. 14,4 Mio. € ab, stellt Dr. Funke dar.

Herr Dr. Funke zeigt zusätzlich auf, dass nahezu alle kreisangehörigen Kommunen ebenfalls mit verbesserten Jahresergebnissen für das Jahr 2023 im Vergleich zum Ansatz 2023 rechnen.

Es wird kommuniziert, dass die Transferaufwendungen um rd. 13,6 % im Vergleich zum Jahresabschluss 2022 gestiegen sind. Die Transferaufwendungen beinhalten überwiegend die Sozialleistungen.

In den Jahren 2018-2021 sind im Durchschnitt 3,0 Mio. € ungedeckte Flüchtlingskosten entstanden. Für die Jahre 2022 und 2023 liegen diese ungedeckten Kosten bei rd. 5,4 Mio. € bzw. rd. 9,8 Mio. €. Im 1. Quartal 2024 sind insgesamt Flüchtlingskosten i. H. v. rd. 17 Mio. € entstanden, wovon ein Betrag von rd. 4,7 Mio. € ungedeckt ist. Herr Dr. Funke merkt an, dass die Refinanzierung vom Bund und Land für die Kosten für Flucht und Migration bei weitem nicht ausreicht und dringend angehoben werden muss.

Im Bereich des Jugendamtes ergibt sich aufgrund des verbesserten Ergebnisses 2023 (rd. 1,6 Mio. €) ein kumulierter Überschuss zum 31.12.2023 von rd. 834 T€. Im Haushaltsplan 2024 wurde ein Überschuss von rd. 239 T€ eingeplant. Das Jugendamt prognostiziert im Rahmen des Finanzstatusberichtes für das Jahr 2024 allerdings eine Ergebnisverschlechterung von rd. 1,52 Mio. €.

Der mögliche Bestand der Ausgleichsrücklage wird (nach Verrechnung mit dem Jahresergebnis 2023) voraussichtlich rd. 29,9 Mio. € betragen. Der mögliche Bestand der Allgemeinen Rücklage wird (nach Verrechnungen im Rahmen des Jahresabschlusses) voraussichtlich 26,53 Mio. € betragen. Herr Dr. Funke unterbreitet den Vorschlag, in den Jahren 2024 und 2025 jeweils rd. 12 Mio. € an Ausgleichsrücklage zur Entlastung der kreisangehörigen Kommunen einzusetzen, falls das Haushaltsjahr 2024 planmäßig verläuft.

Des Weiteren zeigt Herr Dr. Funke auf, dass insgesamt rd. 7,7 Mio. € (Vorjahr rd. 22,6 Mio. €) investive Auszahlungen, insbesondere für Baumaßnahmen, in das Jahr 2024 übertragen werden. Er weist daraufhin, dass es gelungen ist, die Ermächtigungsübertragungen um rd. 66 % im Vergleich zum Vorjahr zu verringern.

Zudem teilt Herr Dr. Funke mit, dass die Liquidität bzw. der Kassenbestand im Vergleich zum Stichtag 31.12.2022 von 26,5 Mio. € auf 20,0 Mio. € zum Stichtag 31.12.2023 gesunken ist.

Ferner geht Herr Dr. Funke auf den Schuldenabbau in 2023 ein. Im Jahr 2023 wurden Schulden i. H. v. rd. 361 T€ planmäßig getilgt. Somit liegt der Schuldenstand zum 31.12.2023 bei rd. 3,85 Mio. €.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht **zur Kenntnis**.

3. Bericht zur Haushaltssituation 2024**097/2024**

Herr Dr. Funke berichtet anhand einer PowerPoint-Präsentation, die den Ausschussmitgliedern als digitale Tischvorlage vorliegt und als **Anlage Nr. 2** der Niederschrift beigelegt ist, über die Erkenntnisse des Finanzstatusberichtes zum 15.04.2024 und stellt dar, dass die prognostizierte Abweichung zum Planansatz voraussichtlich ausgeglichen werden kann.

Die größten Änderungen zum Ansatz werden im Bereich des Jugendamtes, des Jobcenters und des Personalamtes gemeldet.

Eine beträchtliche Etatbelastung prognostiziert das Jugendamt im Bereich der außerfamiliären Hilfsformen (rd. 1,2 Mio. €). Es zeichnet sich Mehraufwand von rd. 380 T€ im Bereich der Pauschalbeträge für Vollzeitpflege, Mehraufwand von rd. 1,1 Mio. € im Bereich der Heimunterbringungen aufgrund steigender Fallzahlen und Kostensteigerungen sowie saldierter Mehraufwand im Bereich der unbegleiteten Minderjährigen Ausländer (umA) von rd. 168 T€ ab. Dagegen werden Mehrerträge von rd. 340 T€ im Bereich der Kostenerstattungen prognostiziert.

Herr Dr. Funke erläutert, dass bei der Haushaltsplanung 2024 im Bereich der Zuführung der Pensionsrückstellungen und Beamtenbezüge mit einer prozentualen Steigerung von 7,5 % gerechnet wurde. Bei einer wirkungsgleichen Übertragung des TV-L auf die Beamten NRW wird die Anhebung der Grundgehälter zum 01.11.24 um einen Sockelbetrag in Höhe von 200 € und eine lineare Anpassung der Zulagen zum 01.11.2024 auf eine 4,76 %-ige Steigerung beziffert, sodass in diesem Bereich eine Entlastung von rd. 1,4 Mio. € erwartet wird.

Herr Dr. Funke zeigt auf, dass die zusätzlichen Etatbelastungen im Bereich des Jobcenters hauptsächlich durch den Anstieg der Kosten der Unterkunft (KdU) pro Monat und je Bedarfsgemeinschaft von 445 € auf 455 € zustande kommen. Zusätzlich werden steigende Kosten im Bereich der Bildung und Teilhabe sowie ein Anstieg der Bedarfsgemeinschaften von 7.800 auf 8.000 prognostiziert. Saldiert mit der Bundesbeteiligung KdU wird eine Etatbelastung von rd. 2,57 Mio. € kalkuliert.

Herr Dr. Funke erläutert kurz, dass im Bereich der Kämmerei Bundes- und Landesmittel für die Versorgung Geflüchteter von – viel zu geringen - rd. 500 T€ eingeplant werden. Aktuell ist noch nicht sicher, welche Fördermittel an den Kreis Warendorf fließen werden. Darüber hinaus werden Mehrerträge von rd. 235 T€ im Förderprogramm „Gute Schule 2020“ (195 T€) sowie überplanmäßige Zins- und Finanzerträge (40 T€) prognostiziert.

Im Bereich der Gebührenhaushalte im Produkt Immissionsschutz werden 600 T€ Mehrerträge prognostiziert. Diese sind überwiegend auf Gebühreneinnahmen aus den Windenergieanlagen zurückzuführen.

Aufgrund von Kostensteigerungen in der stationären Betreuung von Kindern, äußert Herr Möllmann die Idee, ob ggf. eine kreiseigene Einrichtung im Bereich der Heimunterbringung möglich erscheint.

Es besteht allgemeiner Konsens, dass die Bundes- und Landesmittel für die Kosten für Flucht und Migration nicht ausreichen, um die ungedeckten Beträge abzufedern.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht **zur Kenntnis**.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Stadt Oelde meldete am 17.06.2024 einen Software-bedingten Fehlausweis im Hinblick auf die Gewerbesteuereinnahmen des zweiten Halbjahres 2023. Die Steuerkraftmesszahl der Stadt Oelde erhöht sich für 2025 demnach um 10 Mio. Euro. Die angepasste Folie 11 der Präsentation zu TOP 3 ist als **Anlage Nr. 5** der Niederschrift beigelegt.

4.	Bericht der Verwaltung zu aktuellen Themen der Finanzwirtschaft	111/2024
-----------	--	-----------------

Frau Kleier berichtet anhand einer PowerPoint-Präsentation, die den Ausschussmitgliedern als digitale Tischvorlage vorliegt und als **Anlage Nr. 3** der Niederschrift beigefügt ist, über die Abwicklung der Förderprogramme KInvFöG I, KInvFöG II, DigitalPakt und GuteSchule.

Des Weiteren erläutert Frau Kleier, dass gemäß des Referentenentwurfs für das Jahressteuergesetz 2024 die geänderte Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand voraussichtlich erst ab dem 1. Januar 2027 in Kraft treten wird. Dies bedeutet, dass juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die nicht bereits freiwillig auf die neue Umsatzbesteuerung umgestellt haben, voraussichtlich weitere zwei Jahre Zeit für den Systemwechsel erhalten werden.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht **zur Kenntnis**.

5.	Bericht über die wesentlichen Änderungen des Haushaltsrechts durch das sogenannte 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetz	108/2024
----	--	-----------------

Herr Dr. Funke berichtet ausführlich anhand einer PowerPoint-Präsentation, die den Ausschussmitgliedern als digitale Tischvorlage vorliegt und als **Anlage Nr. 4** der Niederschrift beigefügt ist, über die wesentlichen Änderungen des Haushaltsrechts durch das 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetz. Dabei geht er auf die Änderungen für die Haushaltsplanung, den Jahresabschluss und auf die Kreisordnung ein.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht **zur Kenntnis**.

6.	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2023	064/2024
-----------	---	-----------------

Herr Dr. Funke berichtet, dass sich im Jahresabschluss 2023 über- und außerplanmäßige Aufwendungen bzw. Auszahlungen zeigen, die dem Kreistag gemäß § 53 Abs. 1 KrO i. V. m. § 83 Abs. 2 GO zur Kenntnisnahme vorzulegen sind.

Die Einzelfälle sind in der zu der Vorlage beigefügten Zusammenstellung ersichtlich. Herr Dr. Funke weist darauf hin, dass eine Korrektur zur lfd. Nr. 2 (Änderung des Begriffs in Satz 2 „Mehrausgaben“ in „Minderausgaben“) erforderlich ist.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht **zur Kenntnis**.

Mit einem Dank an die Anwesenden beendet Frau Kleene-Erke um 10:57 Uhr die Sitzung.

gez.

Andrea Kleene-Erke
Vorsitzende

gez.

Dr. Stefan Funke
Schriftführer